



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Burth,  
sehr geehrter Herr Kämmerer Gundel,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
Kolleginnen und Kollegen Stadträte,  
Bürgerinnen und Bürger,

wie wir schon in unserer Haushaltsrede zum Haushaltsplanentwurf 2013 dargelegt haben, ist Aulendorf endlich ein Stück weit in der Normalität angekommen. Wie auch schon im Vorjahr ist der vorliegende Plan für das gerade begonnene Jahr ausgeglichen, der Verwaltungshaushalt kommt ohne Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt aus. Die konsequente Erfüllung des Finanzhilfevertrags 1 sowie die daraus resultierende Entschuldungshilfe des Landes und der anderen Kommunen haben es uns ermöglicht, dass wir uns endlich aus dem engen Korsett der vollständigen Handlungsunfähigkeit befreien konnten, dass wir endlich wieder ein wenig Gestaltungsspielraum zurückerhalten haben. Zwar wird dieser Spielraum weiterhin begrenzt durch die stringenten Vorgaben des Finanzhilfevertrags 2, doch gibt er uns endlich das zurück, was wir hier in Aulendorf so dringend brauchen – ein Stück kommunale Selbstverwaltung, zuletzt also auch ein Stück Normalität.

Allerdings bewegen wir uns alle immer noch auf dünnem Eis, unsere ganz eigene, von wem auch immer zu verantwortende kommunale Finanzkrise ist alles andere als ausgestanden. Die Bäume wachsen in Aulendorf auch mittelfristig leider noch nicht in den Himmel. Die Solidarität des Landes und gerade der anderen Kommunen mahnen uns dazu, in unseren Konsolidierungsbemühungen nicht nachzulassen. Die Hälfte „unserer“ 18 Millionen Euro wurde schließlich von der Gemeinschaft der Kommunen im Land beigesteuert, das heißt – zugegeben sehr vereinfacht dargestellt – dass das Projekt „Entschuldung Aulendorf“ jede Gemeinde in Baden-Württemberg mit einem Euro pro Einwohner belastet hat. Geld also, das in den anderen Städten und Gemeinden für die Erfüllung der eigenen Aufgaben ebenfalls dringend benötigt worden wäre, Geld, bei dem die Solidarität richtig weh getan hat. Jede Baden-Württembergerin, jeder Baden-Württemberger hat sich also grob gerechnet einschließlich Landesanteil mit 2 Euro an unserem Projekt beteiligt. Das ist und bleibt sicherlich ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Landes und seiner 1100 Kommunen.

Doch was bedeutet das nun ganz konkret für uns in Aulendorf und für unseren Haushaltsplan? Das wir demütig zu Kreuze kriechen sollen, geduckt und ohne jedes

Selbstbewusstsein? Nein, sicher nicht! Aber wir dürfen eben auch nicht vergessen, wo wir hergekommen sind. Dass wir, wären wir ein Unternehmen und keine Stadt, gelinde gesagt ein Fall für den Insolvenzverwalter gewesen wären.

Schließlich sind wir leider auch keine „systemrelevante“ Bank, deren Rettung politisch opportun und „alternativlos“ ist. Während die Investmentbanker landauf, landab mit dem doppelten Boden der staatliche Nothilfe ohne Rücksicht auf Verluste zocken, handeln die Kommunen mit eigenem Geld – also mit dem Geld ihrer Bürgerinnen und Bürger - auf eigenes Risiko, so natürlich auch Aulendorf. Das dürfen wir nie vergessen, und im Gegensatz zu den Bänkern mit ihrer Casino-Mentalität müssen wir in der Lage sein, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.

Nicht zuletzt deshalb kann es nicht sein, dass einige Mitglieder unseres Gremiums bereits heute wieder darüber nachdenken, wie denn das Fell des Bären, der noch nicht einmal erlegt ist, verteilt werden könnte. Heute schon die Geschenke des Jahres 2020 verteilen zu wollen ist wie im März Heiligabend zu feiern und die Geschenke zum Weihnachtsfest schon vor Ostern verteilen zu wollen. Es ist unangemessen, geradezu fahrlässig. Wir alle wissen nicht, wie sich die wirtschaftliche Großwetterlage weiterentwickelt, wie sich die Rahmenbedingung für Aulendorf zum Guten oder Schlechten verändern – angesprochen sei hier nur beispielhaft die OSK-Dauerbaustelle - und wie sich unsere Stadt weiter entwickelt. Natürlich, wir sehen den sprichwörtlichen Silberstreifen am Horizont, aber die Nacht ist, um dieses Bild für die Festsetzungen des Finanzhilfevertrags und das Durchhalten unserer Sparbemühungen zu gebrauchen, ist noch nicht vorüber.

Auch in diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf die große Politik. Während die große Koalition in Berlin teure Wahlgeschenke an die eigene Klientel verteilt, dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen, wir dürfen die kommende Generation nicht mit der Hypothek einer drückenden Schuldenlast durch ein bequemes „jetzt sind mir wieder bei de Leit, jetzt kennet mir wieder was macha“ belasten.

Diese Konsequenz tut weh – uns allen, besonders im Kleinen. Sind sie nicht berechtigt und verständlich, die vielen Wünsche, die wir alle an unsere Stadt haben? Es tut weh, ja es ist sogar beschämend, der Zeitungsausträgerin, die jeden Morgen in aller Herrgottsfrühe durch die dunkle Stadt laufen muss, sagen zu müssen, dass eine Verkürzung der Abschaltzeiten bei der Straßenbeleuchtung momentan einfach nicht drin ist, dass wir diesem und vielen anderen berechtigten und vernünftigen Anliegen momentan noch nicht nachkommen können.

Wir verlangen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt viel ab, nicht nur hinsichtlich der zu bezahlenden Abgaben, sondern auch im täglichen Leben. Gerade deshalb bin ich stolz, dass sich so viele Aulendorfer, frei nach John F. Kennedy, jeden Tag sagen: „Frag nicht, was Deine Stadt für Dich tun kann, sondern was Du für Deine Stadt tun kannst“. Um den großen amerikanischen Präsidenten noch einmal etwas gewagt zu zitieren, so viele Aulendorferinnen und Aulendorfer sagen sich jeden Tag „Ich bin ein Aulendorfer“ und packen tatkräftig mit an, greifen ihrer klammen Stadt trotz aller Widrigkeiten unter die schwachen Arme.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass es auch für die Aulendorferinnen und Aulendorfer eine Schmerzgrenze gibt, dass das Verständnis für die Lage der Stadt und das gerade beschriebene Aulendorf-Gefühl nicht überstrapaziert werden dürfen. Die Menschen in unserer Stadt, die Häuslesbesitzer, die Mieter, die Gewerbetreibenden, einfach alle, die sich für ein Leben und ein Engagement hier entschieden haben, tragen eine schwere Last. Hier liegt es am Gemeinderat und an der Verwaltung, den sprichwörtlichen Bogen nicht zu überspannen. Die Situation in Aulendorf ist an der Schmerzgrenze, die große Mehrheit der Menschen ist aber noch bereit, dies durchzuhalten und mitzutragen. Spielraum für weitere „Grausamkeiten“ sehen wir allerdings nicht.

Ganz deutlich wurde dies anhand der unsäglichen „Wasserdebatte“ des vergangenen Jahres. Dabei haben die Verwaltung und der Gemeinderat die Schmerzgrenze, die rote Linie überschritten. Das ganze Projekt war wenig durchdacht und schlecht vorbereitet, und dazu noch handwerklich schlecht ausgeführt. Diesen Vorwurf der Bürgerinnen und Bürger müssen sich sowohl der Gemeinderat als auch die Verwaltung gefallen lassen. Wir haben uns aktiv an der Suche nach einer Lösung für die verfahrenre Situation beteiligt und gemeinsam mit den freien Wählern den Antrag zur Prüfung einer Stichtagsregelung ins Gremium eingebracht. Der auf die Stichtagsregelung aufbauende Kompromiss weist die Merkmale eines guten Kompromisses auf: Wirklich zufrieden ist damit keiner! Aber es wurde die größtmögliche Gerechtigkeit erreicht, zwischen den berechtigten Interessen aller Akteure wurde nach bestem Wissen und Gewissen abgewogen. Wichtig ist, dass wir alle aus dieser Sache die richtigen Schlüsse ziehen. Erst die gesamte Stadt in Aufregung versetzen und dann den richtigen und angemessenen Lösungsweg suchen, das darf nicht noch einmal passieren!

Geblichen ist von diesem unglücklichen Vorgehen ein großer Vertrauensschaden bei der Bevölkerung. Das kleine Stück Vertrauen, das sich Verwaltung und Gemeinderat bei den Menschen in unserer Stadt nach Jahren des Missmanagements der früheren Verantwortlichen mühsam wieder erarbeitet haben, ist bei Einigen zerstört, bei Vielen nachhaltig geschädigt. Die Aufgabe der kommenden Jahre wird es sowohl für die Verwaltung als auch für den nächsten Gemeinderat sein, um dieses Vertrauen der Bevölkerung zu kämpfen und es durch überlegtes Handeln Stück für Stück zurückzugewinnen. Das ist nur zu schaffen, wenn es alle Beteiligte in Zukunft besser machen!

Doch neben dem Vertrauensschaden ist uns allen noch ein weiterer schwerwiegender Schaden entstanden. Die Wassersache hat unendlich Kapazitäten in der Verwaltung und auch bei den Mitgliedern des Gremiums gebunden. Das umfangreiche Arbeitsprogramm, das wir uns für 2013 gegeben haben, konnte nicht einmal im Ansatz umgesetzt werden. Wir sind im vergangenen Jahr wieder in die alten Denkmuster zurückgefallen und haben uns mal wieder mit der Vergangenheit beschäftigt, anstatt dass wir uns um die Gestaltung der Zukunft gekümmert hätten. Albert Einstein, dessen familiäre Wurzeln ja vielleicht sogar bis nach Aulendorf reichen, mahnte zurecht: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben“. Wir sollten uns die Worte des großen Physikers

zu Herzen nehmen und endlich aufhören, die zentralen Zukunftsprojekte hinter der Vergangenheitsbewältigung anzustellen.

Für das vergangene Jahr bleibt das schlechte Bauchgefühl, dass wir weit hinter den selbst gesteckten Zielen zurückgeblieben sind:

Ausweisung neuer Gewerbeflächen für ansiedlungswillige Firmen und unsere örtlichen Handwerksbetriebe? Fehlanzeige, wir müssen immer noch achselzuckend abwinken und lapidar feststellen: „Wir haben nichts!“ Bereits in unserer Rede zum Haushaltsplanentwurf 2013 haben wir darauf hingewiesen, dass es bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen eigentlich schon 5 nach 12 ist, gerade angesichts der schleppenden Genehmigungsverfahren und immer strenger werdender Vorgaben bei solchen Vorhaben. Wie spät ist es dann heute, im Januar 2014? Wir haben wertvolle Zeit verschenkt und sind noch nicht einmal in das Verfahren eingestiegen. Dass es auch besser geht, machen uns nicht zuletzt unsere Nachbarn in Bad Waldsee vor. Wenn wir nicht unverzüglich handeln, haben wir – Mal wieder – das Nachsehen.

Ausweisung neuen Wohnbaulandes im Safranmoos? Hier sind wir zwar im Verfahren schon einen wesentlichen Schritt weiter, doch zu welchem Preis? Von den ambitionierten Vorstellungen eines unverschämt teuren städtebaulichen Ideenwettbewerbs ist nicht mehr übriggeblieben als ein ganz normaler Vorstadt-Bebauungsplan, der ursprüngliche Entwurf wurde einfach ad acta gelegt. Die daraus resultierenden Probleme, seien es Leitungsverlegungen oder Entwässerungsthemen – ja, auch in Aulendorf läuft das Wasser bergab -, servieren Sie uns in kleinen Häppchen, von denen jedes einzelne für sich noch geschluckt werden kann. Dass mit dem nun benötigten Gesamtbudget allerdings auch ein wesentlich besseres Ergebnis hätte erzielt werden können, fällt nun zwischenzeitlich wie Schuppen von den Augen. Das Schlimmste kann im Plangebiet Safranmoos noch verhindert werden, wenn wir hier zu vernünftigen, angemessenen Festsetzungen im Bebauungsplan kommen. Denn die Freiheit des Einen ist auch immer die Unfreiheit des Anderen. Das ein Bebauungsplan auch heute noch die Wünsche der Bauwilligen erfüllen und dennoch eine gewisse städtebauliche Qualität sichern kann, macht die Arbeit des Biberacher Baubürgermeisters Kuhlmann eindrucksvoll deutlich.

Ausweisung von Wohnbauland im Bereich Parkstraße? Hier laufen wir dem ursprünglichen Zeitplan zwar auch nach, doch wir konnten im vergangenen Jahr wenigstens den Startschuss geben. Dass sich der Gemeinderat hier für die Beauftragung des Wettbewerbsgewinners, des Berliner Büros Tomás, entschieden hat, lässt uns hoffen, dass wir wenigstens an dieser Stelle zu einem guten städtebaulichen Ergebnis kommen. Sobald der Bebauungsplan steht ist es allerdings Aufgabe der Verwaltung, für das Projekt zu werben und aktiv nach geeigneten Investoren zu suchen. Hier nur mit dreien zu reden ist der zentralen Bedeutung dieses Projekts für unsere Stadt sicher nicht angemessen, eine Fläche dieser Größe muss breit beworben und ausgeschrieben werden. Nur so kann sowohl aus gestalterischer als auch aus finanzieller Sicht das bestmögliche Ergebnis erreicht werden.

Verkauf unserer städtischen Liegenschaften? Zwar konnten Hofgarten und Säulenhalle vergangenes Jahr in neue Hände gegeben werden, das ehemalige Alten- und Pflegeheim sowie das Kornhausgrundstück wurden jedoch noch nicht einmal ausgeschrieben. Auch hier ist es 5 nach 12. Gerade beim ehemaligen Alten- und Pflegeheim müssen wir den möglichen Investoren, die bereits mit der Verwaltung im Dialog sind, ein verlässlicher Partner sein und dürfen diese nicht so lange hinhalten, bis sie das Interesse an dem Objekt verlieren. Ob der Abbruch des gelben Postgebäudes im Hofgartenpark die richtige Lösung ist, wurde noch nicht einmal diskutiert. Vielleicht kann auch hier ein Verkauf mit Nachfolgenutzung ein besseres Ergebnis für Aulendorf bringen. Die Festsetzungen der Voruntersuchungen zum Sanierungsgebiet „Unterstadt“ sind nicht in Stein gemeißelt und können für eine sinnvolle Lösung auch geändert werden.

Verkehrs- und Mobilitätsplanung? Auch hier sollte eigentlich im vergangenen Jahr schon mit der Planbearbeitung begonnen werden, wir haben eigentlich damit gerechnet, um diese Zeit bereits erste Ergebnisse diskutieren zu können. Aber die Vergabe an ein Ingenieurbüro steht ja nun unmittelbar bevor, sodass wir uns in diesem Jahr mit diesem wichtigen Thema beschäftigen können. Wir müssen jedoch gemeinsam darauf achten, dass diese Planung nicht zum Selbstzweck wird. Wir müssen uns im Rahmen dieser Planung mit den drängenden verkehrlichen Kernproblemen unserer Stadt beschäftigen und dürfen uns nicht in ziellosen Endlosdiskussionen um Kaisers Bart verlieren. Schon allein deshalb wäre es sinnvoll, die Kompetenz für dieses Thema beim AUT anzusiedeln und kein weiteres Nebengremium aufzubauen. Eine zeitgemäße, ernsthafte Bürgerbeteiligung mit Nutzung der neuen Medien ist hier zielführender als die Diskussion in einem zusätzlichen Gremium, da die Betroffenen ja am besten wissen wo die Probleme vor Ort liegen. Die nach geltendem EU-Recht aufzustellende Lärmaktionsplanung kann zwar wichtige Erkenntnisse für unsere eigene Verkehrsplanung liefern, wird jedoch den vom Lärm geplagten Anwohnern nicht die erhoffte Hilfe bringen. Da alle im Lärmaktionsplan festgeschriebenen Maßnahmen stets unter dem Finanzierungsvorbehalt stehen, bleibt dieser wohl leider ein teurer Papiertiger. Kreative, machbare Lösungen müssen wir selbst finden, hier dürfen wir nicht auf Hilfe „von oben“ hoffen.

Aber die Bilanz des Jahres 2013 liest sich doch etwas besser, als der erste Blick vermuten lässt, einiges konnte auch erreicht werden.

Unsere Grundschule ist wieder vernünftig untergebracht, auch einer dieser Erfolge beispiellosen bürgerschaftlichen Engagements aller Beteiligten.

Die Arbeiten zur Renaturierung eines Teilbereichs der Schussen konnten trotz unvorhergesehener Widrigkeiten günstig vergeben werden und werden nun kurzfristig ausgeführt.

Wir konnten längst überfällige Investitionen im Bereich der der Infrastruktur, der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung, insbesondere bei der Kläranlage, umsetzen. Dies sind die zentralen Pflichtaufgaben der Kommune, Kernstück der kommunalen Daseinsvorsorge. Diese Investitionen sind zwar nicht so sichtbar, da die

Probleme erst auftreten, wenn diese Einrichtungen nicht mehr funktionieren. Dann ist es jedoch zu spät. Die Arbeitsbedingungen, die wir den Mitarbeitern dieser Einrichtungen die letzten Jahre zugemutet haben, sind kaum zu beschreiben.

Deshalb ist es richtig, dass auch der Schwerpunkt des angebrochenen Jahres wieder auf der Erfüllung dieser immens wichtigen Pflichtausgaben liegt und die anstehenden Investitionen dort konzentriert werden. Wir von der SPD-Fraktion sind bereit, diesen schwierigen Weg der „Schwarzbrot-Politik“, der absoluten Konzentration auf das Wesentliche, weiter mit Ihnen zu gehen. Dieser Weg ist für uns als Gremium nicht einfach, sehen wir doch, was in anderen Städten und Gemeinden an schönen Projekten, an Service und Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger möglich ist. Richtig schwierig ist es jedoch für Sie, die Sie tagtäglich den nahezu unmöglichen Spagat zwischen wünschenswertem und machbarem bewältigen müssen. Nicht zuletzt deshalb sind wir Ihnen, Herr Bürgermeister Burth, Herr Kämmerer Gundel, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr dankbar für das Geleistete und für die Ausarbeitung dieses „Drehbuchs“ für das kommende Haushaltsjahr. Herr Gundel, Sie und Ihr Team sind für uns eine „sichere Bank“.

Wir werden dem vorgelegten Zahlenwerk zustimmen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat aus dem Werk „Citadelle“ des französischen Schriftstellers Antoine de Saint-Exupéry: „Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“

Diese Sehnsucht nach einer Vision, wie wir unsere Stadt gemeinsam gestalten und entwickeln können, wohin die Reise eigentlich gehen soll, dürfen wir trotz aller Zwänge nicht aus den Augen verlieren, wir müssen wieder den Mut haben, eine Vision zu entwickeln. Das kann uns nur gemeinsam gelingen. Passender als Saint-Exupéry kann man nicht in Worte fassen, dass das nichts mit Geld zu tun hat.

Pascal Friedrich, für die SPD-Fraktion